

## Beschluss

Vorfahrt für den Klimaschutz, auch beim LNG-Terminal Brunsbüttel

Gremium: LPT  
Beschlussdatum: 24.03.2019  
Tagesordnungspunkt: 1. Anträge

### Vorfahrt für den Klimaschutz, auch beim LNG-Terminal Brunsbüttel

- 1 Zum Umgang mit den Planungen für ein LNG-Terminal in Brunsbüttel stellen wir  
2 fest:
- 3 1. Bei der Beurteilung eines möglichen LNG-Terminals müssen die Einhaltung der  
4 Klimaschutzziele der Bundesregierung und des Pariser Klimaabkommens und dessen  
5 fristgerechte Umsetzung Priorität haben. Dabei sind die die unmittelbaren und  
6 mittelbaren Auswirkungen des LNG-Terminals auf das Klima zu berücksichtigen,  
7 auch im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung.
- 8 2. Ein LNG Terminal und die LNG- Infrastruktur müssen geeignet und vollwertiger  
9 Baustein für eine Energieinfrastruktur der Erneuerbarer Energien sein. Es muss  
10 eine sukzessive aber fristgerechte Umstellung auf Erneuerbaren Energien durch  
11 einen entsprechenden Ordnungsrahmen sichergestellt werden.
- 12 3. Das Terminal sollte den Planungen bei der Abfassung des Koalitionsvertrag  
13 entsprechend ursprünglich der Versorgung des Schiffverkehrs und  
14 Schwerlastverkehrs dienen. Nun wird mit der Planung einer erheblich größeren  
15 Anlage eine darüber hinausgehende Nutzung geplant, mit dem Schwerpunkt einer  
16 Einspeisung des importierten Gases in das deutsche Gasnetz. Diese Entwicklung  
17 sehen wir kritisch – auch weil sich bisher nicht zu erkennen ist, wie sie unter  
18 den derzeitigen Rahmenbedingungen mit der Erreichung der Klimaschutzziele in  
19 Einklang zu bringen ist.
- 20 4. Der Bau des LNG Terminals darf durch seine Lage und Größe nicht dazu führen,  
21 dass der ebenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehene und bereits über Baurecht  
22 verfügende Vielzweckhafen Brunsbüttel nicht mehr gebaut werden kann und freie  
23 Gewerbeflächen in Hafennähe nicht mehr zur Verfügung stehen. Nach den  
24 derzeitigen Planungen wäre dies der Fall.
- 25 5. Eine finanzielle Förderung des LNG-Terminals durch das Land lehnen wir ab.  
26 Das finanzielle Risiko muss bei den Investoren liegen.
- 27 6. Wir verweisen darauf, dass ein erheblicher Teil des in Deutschland  
28 angelandeten LNG-Gases zukünftig durch Fracking in den USA gewonnen werden  
29 könnte. Wir lehnen Fracking ab. Wir haben also zurzeit weder eine gesetzliche  
30 Handhabe, den Import von gefracktem Gas durch das geplante Terminal zu  
31 verhindern, noch kurzfristig die Lieferwege auf dem internationalen Gasmarkt zu  
32 steuern. Wir fordern Land- und Bund und EU auf durch Maßnahmen wie die  
33 Besteuerung von sämtlichen Treibhausgasen dem entgegen zu wirken und begrüßen  
34 die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Besteuerung von CO2 als einen  
35 ersten Schritt in die richtige Richtung.

36 7. LNG hat bei der Verwertung in Verbrennungsmotoren sehr geringe Feinstaub- SOX  
37 und NOX Emissionswerte. LNG hat aber keine positive Klimabilanz im Vergleich zu  
38 Diesel und kann je nach Herkunft sogar deutlich schädlicher sein. Ursache sind  
39 die Verluste durch technische Defizite, der Methanschluß. Er kann entlang der  
40 Kette von der Förderung bis zur Verbrennung auftreten. Das gilt sowohl für LNG,  
41 als auch für Pipelinegas, z.B. aus Russland. Wir fordern daher eine exaktere  
42 Ermittlung des Methanschluß nach unabhängigen Messungen, und mit dem Global  
43 Warming Potential von Methan nach den aktuellsten Erkenntnissen und einem Wert  
44 für das Global Warming Potential von Methan, dessen Zeitperspektive der von  
45 Schleswig-Holsteins Klimazielen entspricht, statt wie zurzeit 100 Jahren. Dazu  
46 gehört auch, dass die Landesregierung bei der Bundesregierung, der EU und  
47 internationalen Gremien darauf hin wirkt, dass der Methanschluß durch strenge  
48 Standards über die gesamte Kette auch in den Importländern drastisch, und  
49 perspektivisch auf nahe null verringert wird. Wir halten es für unerlässlich,  
50 dass das geplante LNG Terminal methanschlußfrei errichtet wird.